

Vordrucke und Nachweise (Eignung) ***zur Vergabe***

**„Lieferung mobile Verdichter und Gasgenerator zum
Antrieb von mobilen Verdichtern“**

Vergabenummer: 2026-009

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Stand: 13.05.2026

Vordruck 1.1 – Erklärung (Einzel-)Bewerber

Name/Firmenbezeichnung	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Gegenstand des Unternehmens/Leistungsspektrum und Geschäftsfelder	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Sitz/Anschrift	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Zuständige Niederlassung	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Rechtsform	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Unternehmensstruktur (z.B. Muttergesellschaften, Konzernzugehörigkeit; mit Darstellung der Gesellschafts- und Kapitalverhältnisse)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Nationalität des Eigentümers (bei nicht börsennotierten Unternehmen)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Größe des Wirtschaftsteilnehmers (Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt gemäß folgender Definition: <ul style="list-style-type: none"> Kleinstunternehmen: Bis 9 Beschäftigte und bis 2 Millionen Euro Umsatz Kleines Unternehmen: Bis 49 Beschäftigte und bis 10 Millionen Euro Umsatz und kein Kleinstunternehmen 	Angabe der Größe: <input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen <input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen <input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen <input type="checkbox"/> Großunternehmen

<ul style="list-style-type: none"> Mittleres Unternehmen: Bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Umsatz und kein kleines Unternehmen Großunternehmen: Über 249 Beschäftigte oder über 50 Millionen Euro Umsatz) 	
Geschäftsführung	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Ansprechpartner	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Telefonnummer	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
E-Mail	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Steuer-ID	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

<p><u>Hinweis:</u></p> <p>Sollte der hier zur Verfügung stehende Platz nicht ausreichen, sind Beiblätter beizufügen, auf welche innerhalb dieses Vordrucks eindeutig Bezug genommen wird.</p> <p>Im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist Vordruck 1.2 auszufüllen.</p>
--

Vordruck 1.2 – Bewerber-/Bietergemeinschaft

a) Wir, die Unternehmen

I.	
Name Mitgliedsunternehmen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Sitz/Anschrift	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Rechtsform	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Nationalität des Eigentümers (bei nicht börsennotierten Unternehmen)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Größe des Wirtschaftsteilnehmers (Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt gemäß folgender Definition:	Angabe der Größe des Wirtschaftsteilnehmers:
<ul style="list-style-type: none"> • <i>Kleinstunternehmen: Bis 9 Beschäftigte und bis 2 Millionen Euro Umsatz</i> • <i>Kleines Unternehmen: Bis 49 Beschäftigte und bis 10 Millionen Euro Umsatz und kein Kleinstunternehmen</i> • <i>Mittleres Unternehmen: Bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Umsatz und kein kleines Unternehmen</i> • <i>Großunternehmen: Über 249 Beschäftigte oder über 50 Millionen Euro Umsatz)</i> 	<input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen <input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen <input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen <input type="checkbox"/> Großunternehmen
Angaben zur vertretungsberechtigten natürlichen Person	
Name	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
E-Mail	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Telefonnummer	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

und

II.	
Name Mitgliedsunternehmen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Sitz/Anschrift	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Rechtsform	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Nationalität des Eigentümers (bei nicht börsennotierten Unternehmen)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Größe des Wirtschaftsteilnehmers: (Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt gemäß folgender Definition:	Angabe der Größe des Wirtschaftsteilnehmers: <input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen <input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen <input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen <input type="checkbox"/> Großunternehmen
Angaben zur vertretungsberechtigten natürlichen Person	
Name	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
E-Mail	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Telefonnummer	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

beabsichtigen für das hiesige Vergabeverfahren gemeinsam als Bewerber-/Bietergemeinschaft einen Teilnahmeantrag und ein Angebot abzugeben und erklären insoweit:

- b) Das folgende Mitgliedsunternehmen bevollmächtigen wir, während des gesamten Vergabeverfahrens sowie im Falle der Zuschlagserteilung über die gesamte Vertragslaufzeit die Bewerber-/Bietergemeinschaft gegenüber der GASCADE Gastransport GmbH zu vertreten:

Name des Mitgliedsunternehmens	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Sitz/Anschrift	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Ansprechpartner des Mitgliedsunternehmens	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
E-Mail des Ansprechpartners	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Telefonnummer des Ansprechpartners	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

- c) Wir erklären zudem, dass wir für die Vertragserfüllung sowie für entstehende Schadensersatzansprüche gegenüber der GASCADE Gastransport GmbH als Gesamtschuldner haften.

- d) Wir erklären ferner, dass die Gründung der Bewerber-/Bietergemeinschaft keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt, weil diese aus den nachstehenden Erwägungen heraus notwendig ist:

I. Unternehmensname/Firmenstempel

Unterschrift vertretungsberechtigte natürliche Person

II. Unternehmensname/Firmenstempel

Unterschrift vertretungsberechtigte natürliche Person

Hinweis:

*Diese Erklärung ist bei Bedarf zu vervielfältigen und von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft (Dritterklärung) **zu unterschreiben**. Die Dritterklärung kann als von dem Dritten unterschriebene und eingescannte bzw. abfotografierte Datei (PDF) eingereicht werden.*

Ergänzend zu dieser Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung müssen für jedes Mitgliedsunternehmen die folgenden Unterlagen vorgelegt werden:

- **Vordruck 3.1:** Erklärung zur Eignung und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (PL2)
(ggf. **Vordruck 3.2:** Erklärung zu Selbstreinigungsmaßnahmen (PL2))
- **Hinweis 1:** Nachweis der Eintragung im Berufs- oder Handelsregister in nichtbeglaubigter Kopie (PL1)
- **Vordruck 8:** Eigenerklärung zur Verordnung EU 2022/576 (Sanktionen Russland) (PL3)

Vordruck 2 – Erklärung Nachunternehmereinsatz (sofern zutreffend)

a) Zutreffendes bitte ankreuzen und die geforderten Angaben machen:

- ☐ Im Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags steht noch nicht fest, ob bzw. an wen wir im Falle der Auftragserteilung Teilleistungen weiter vergeben werden (Beauftragung von Nachunternehmern).
- ☐ Im Falle der Auftragserteilung werden wir folgende Teilleistungen an Nachunternehmer weiter vergeben (weiter mit b)).

b) Wir beabsichtigen die folgenden Teilleistungen an Nachunternehmer zu vergeben:

Teilleistung	Geplanter Leistungsumfang
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

c) Wir beabsichtigen den folgenden Nachunternehmer für die unter b) genannte(n) Teilleistung(en) einzusetzen:

Name des Nachunternehmers	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
---------------------------	---

Sitz/Anschrift	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Ansprechpartner des Nachunternehmers	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
E-Mail des Ansprechpartners	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Telefonnummer des Ansprechpartners	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

d) ☐ Ich erkläre/wir erklären, dass bei der Auswahl des Nachunternehmers und der Vergabe des Unterauftrags mittelständische Interessen nach § 97 Absatz 4 GWB berücksichtigt wurden.

Hinweis:

Diese Formularvorlage ist für jeden avisierten Nachunternehmer gesondert auszufüllen und vorzulegen. Neben dieser Erklärung sind für den genannten Nachunternehmer ferner die nachstehenden Unterlagen vorzulegen.

- **Vordruck 3.1:** Erklärung zur Eignung und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (PL2)
(ggf. **Vordruck 3.2:** Erklärung zu Selbstreinigungsmaßnahmen (PL2))
- Ggf. **Vordruck 5:** Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Eignungsleihe

Vordruck 3.1 – Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB (PL2)

- I. Ich/Wir erkläre(n), dass keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, nach den folgenden Tatbeständen rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuches (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des StGB zu begehen,
 3. § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 7. § 108e des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. den §§ 333 und 334 des StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. den §§ 232 und 233 des StGB (Menschenhandel) oder § 233a des StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Vorgenannten stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

II. Ich/Wir erkläre(n), dass

1. nicht durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist oder
2. mein/unser Unternehmen im Falle einer rechtskräftigen Gerichts- oder bestandskräftigen Verwaltungsentscheidung i.S. Nr. II. 1. seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlungen vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- oder Strafbzuschlägen verpflichtet hat.

III. Ich erkläre/wir erklären, dass

1. mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. mein/unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
4. mein/unser Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ich/wir keine Kenntnis von einem Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens habe(n), der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
6. ich/wir keine Kenntnis von einer Wettbewerbsverzerrung habe(n), die daraus resultiert, dass mein/unser Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,

7. mein/unser Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. mein/unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. mein/unser Unternehmen nicht
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht habe(n), solche Informationen zu übermitteln.

IV. Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir nicht

1. gem. § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) oder
2. gem. § 21 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) oder
3. gem. § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) oder
4. gem. § 19 des Mindestlohngesetzes (MiLoG)

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

V. Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir nicht gem. § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Absatz 1 LkSG mit einer Geldbuße nach Maßgabe von Absatz 2 belegt worden bin/sind.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift

Hinweis:

Diese Erklärung ist bei Bedarf zu vervielfältigen und von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft (Dritterklärung) zu unterschreiben. Die Dritterklärung kann als von dem Dritten unterschriebene und eingescannte bzw. abfotografierte Datei (PDF) eingereicht werden.

§ 123 GWB und § 124 GWB lauten:

§ 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),*
- 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,*
- 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),*
- 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,*
- 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,*
- 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),*
- 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),*
- 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),*
- 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder*
- 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).*

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die

Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

- 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder*
- 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.*

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

§ 124 GWB Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

- 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,*
- 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,*
- 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,*
- 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,*
- 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,*
- 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,*

7. *das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,*
8. *das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder*
9. *das Unternehmen*
 - a) *versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,*
 - b) *versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder*
 - c) *fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.*

(2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt.

§ 142 GWB Sonstige Vorschriften

Im Übrigen gelten für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch Sektorenauftraggeber zum Zweck der Ausübung von Sektorentätigkeiten die §§ 118 und 119, soweit in § 141 nicht abweichend geregelt, die §§ 120 bis 129, 130 in Verbindung mit Anhang XVII der Richtlinie 2014/25/EU sowie die §§ 131 bis 135 mit der Maßgabe entsprechend, dass

1. ...
2. *Sektorenauftraggeber nach § 100 Absatz 1 Nummer 2 ein Unternehmen nach § 123 ausschließen können, aber nicht ausschließen müssen,*
3. ...

Vordruck 3.2 – Selbstreinigungsmaßnahmen (PL2) (sofern zutreffend)

Der Bewerber das Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft/ das Eignungsleihe-Unternehmen bestätigt, Selbstreinigungsmaßnahmen gem. § 125 GWB ergriffen zu haben.

§ 125 GWB lautet:

§ 125 GWB Selbstreinigung

„(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen, bei dem ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 vorliegt, nicht von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren aus, wenn das Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber oder nach § 8 des Wettbewerbsregistergesetzes dem Bundeskartellamt nachgewiesen hat, dass es

1. für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
2. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat, und
3. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.

§ 123 Absatz 4 Satz 2 bleibt unberührt.

(2) Bei der Bewertung der von dem Unternehmen ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen sind die Schwere und die besonderen Umstände der Straftat oder des Fehlverhaltens zu berücksichtigen. Die Entscheidung, dass die Selbstreinigungsmaßnahmen des Unternehmens als unzureichend bewertet werden, ist gegenüber dem Unternehmen zu begründen.“

Es wurden die folgenden Maßnahmen zur Selbstreinigung im Sinne des § 125 Absatz 1 GWB ergriffen:

Benennung des Ausschlussgrundes	Benennung der Maßnahmen (ggf. mit entsprechenden Nachweisen)
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Hinweis:

Diese Erklärung ist bei Bedarf zu vervielfältigen und von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft (Dritterklärung) zu unterschreiben. Die Dritterklärung kann als von dem Dritten unterschriebene und eingescannte bzw. abfotografierte Datei (PDF) eingereicht werden.

*Diesen Vordruck haben nur die Bewerber/ Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft/Eignungsleihe-Unternehmen ausgefüllt einzureichen, die die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (**Vordruck 3.1**) nicht abgeben können.*

Bei Bedarf kann die Tabelle entsprechend erweitert oder durch Anlagen/Nachweise ergänzt werden.

Ort, Datum

Unterschrift und Unternehmensstempel des Bewerbers//Mitglieds der
Bewerber-/Bietergemeinschaft/Eignungsleihe-Unternehmen

Vordruck 4 – Eignungsleihe (*sofern zutreffend*)

Zum Nachweis unserer Eignung im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit beabsichtigen wir, die Kapazitäten des folgenden Unternehmens im Wege der Eignungsleihe nach § 47 VgV in Anspruch zu nehmen:

Name des Unternehmens	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Sitz/Anschrift	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Ansprechpartner	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
E-Mail des Ansprechpartners	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Telefonnummer des Ansprechpartners	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Teil der Leistungsfähigkeit/Fachkunde bezüglich dessen sich auf die Eignung des anderen Unternehmens berufen werden soll	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Hinweis:

Neben dieser Erklärung sind für das in Anspruch genommene Unternehmen die nachstehenden Unterlagen vorzulegen:

- **Vordruck 3.1:** Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (PL2)
(ggf. **Anlage A.1, Vordruck 3.2:** Erklärung zu Selbstreinigungsmaßnahmen)
- **Vordruck 5:** Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Eignungsleihe
- **Hinweis 1:** Nachweis der Eintragung im Berufs- oder Handelsregister in nichtbeglaubigter Kopie (PL1)
- Vorlage der jeweiligen Unterlagen zum Nachweis der in Anspruch genommenen Eignungsanforderung

Vordruck 5 –Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Eignungsleihe (*sofern zutreffend*)

Name des Bewerbers/der Bewerber- /Bietergemeinschaft	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
---	--

1. Nachunternehmereinsatz/Eignungsleihe

Name Nachunternehmer/Eignungsverleiher	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
--	--

Unzutreffendes bitte streichen:

2. *Verpflichtungserklärung zum Nachunternehmereinsatz – soweit zutreffend –:* Wir verpflichten uns gegenüber der GASCADE Gastransport GmbH, im Falle der Auftragsvergabe an den oben genannten Bewerber, die in der **Vordruck 2** genannten Teilleistungen zu erbringen.
3. *Eigenerklärung des benannten Nachunternehmers – soweit zutreffend –:* Hiermit erklären wir, dass für uns weder zwingende Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB noch fakultative Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.
4. *Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe – soweit zutreffend –:* Wir verpflichten uns gegenüber der GASCADE Gastransport GmbH, im Falle der Auftragsvergabe an den oben genannten Bewerber, diesem mit den erforderlichen Kapazitäten für die in der **Vordruck 4** genannten Kapazitäten zur Verfügung zu stehen. Die diesbezüglichen Nachweise sowie die entsprechenden Eigenerklärungen unsererseits sind dieser Verpflichtungserklärung beigelegt.
5. *Haftungserklärung – soweit zutreffend –:* Der oben genannte Bewerber nimmt zum Nachweis seiner Eignung in der **Vordruck 4** die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Unternehmens in Anspruch. Wir verpflichten uns gegenüber der GASCADE Gastransport GmbH, im Falle der Auftragserteilung an den Bewerber bzw. dann Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gemäß § 47 Absatz 3 VgV zu haften.
6. Angaben zur Person des Nachunternehmers/Eignungsverleihers

1.	Herr/Frau	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Unternehmensname	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Position	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Telefon	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Fax	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	E-Mail	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
2.	Herr/Frau	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Unternehmensname	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Position	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Telefon	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Fax	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	E-Mail	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Unternehmensname und Firmenstempel des Nachunternehmers/Eignungsverleihers

Unterschrift vertretungsberechtigte natürliche Person

Hinweis:

Diese Erklärung ist von Nachunternehmern oder von Drittunternehmern, auf deren Eignung sich der Bewerber/Bieter beruft, eigenhändig zu unterschreiben und von dem Bewerber dem Teilnahmeantrag beizufügen.

Die Eigenerklärung kann als von dem Dritten unterschriebene und eingescannte bzw. abfotografierte Datei (PDF) dem elektronisch einzureichenden Teilnahmeantrag beigelegt werden.

Vordruck 6 – Eigenerklärung zum Umsatz (WL1)

Eigenerklärung über den konsolidierten Gesamtumsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre

In den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren haben wir folgende Umsätze getätigt:

Geschäftsjahr	konsolidierter Gesamtumsatz in EUR (netto)
202_	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
202_	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
202_	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):

Der durchschnittliche Umsatz muss in EUR (netto) für jedes der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre mindestens 3.000.000,00 EUR betragen.

Hinweis:

Sofern ein Unternehmen noch nicht so lange auf dem Markt tätig ist, legt es für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung vor.

Vordruck 7 – Darstellung der Referenzen (TL)

Der Bewerber hat Angaben über die Ausführung einer einschlägigen und vergleichbaren Leistung des Bewerbers in den letzten maximal **drei (3) Jahren** seit Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorzulegen (Referenz). Der Bewerber hat zum Nachweis der Eignung und Fachkunde für folgendes Leistungspaket mindestens **fünf (5)** Referenzen einzureichen:

Leistungspaket: Lieferung und (Erst-)Inbetriebnahme eines mobilen Verdichters

- Eigenerklärung über die Ausführung einschlägiger und vergleichbarer Leistungen (Referenzen) in den letzten maximal drei (3) Jahren seit Veröffentlichung der Bekanntmachung.

Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungsaufträge: Es wird der Nachweis von Erfahrungen im Bereich der hier zu vergebenden Lieferung/Leistung durch Angabe von mindestens fünf abgeschlossenen Referenzaufträgen in den letzten 3 (drei) Jahren mit Angabe der durchgeführten Lieferung / Leistungen gefordert, die nach Art, Umfang und Schwierigkeit, mit der hier zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Die Vergleichbarkeit setzt voraus, dass die aufgeführten Referenzen in Bezug auf die Leistung mit dem geforderten Leistungspaket vergleichbar sind. Eine Referenz gilt insbesondere dann als vergleichbar, wenn es sich um folgende Leistungen handelt:

LOS 1 und LOS 2:

Herstellung und Lieferung von Erdgasrückgewinnungseinheiten für den Einsatz im Ferngasleitungsnetz.

Das zu verdichtende Medium war Erdgas. Als Energieträger zum Antrieb des Aggregates diente bei:

- LOS 1: elektrische Energie mittels Kabelanschluss oder Gasgenerator.
- LOS 2: Versorgung des Antrieb mittels Erdgas gemäß G260.

Die Erdgasrückgewinnungseinheit war in einem separaten Gehäuse installiert oder in Kompaktbauweise ausgeführt. Ein Fernzugriff gab dem Hersteller die Möglichkeit bei Störungen aus der Ferne (beispielsweise über Mobilfunkverbindung oder andere Netzanschlüsse) auf die Anlage zuzugreifen.

Die Mindestanzahl von fünf Referenzen ist auch erreicht, wenn der Bewerber eine Referenz mit mindestens fünf gelieferten Anlagen einreicht. Für die eingereichten Referenz-Projekte muss der Bewerber den folgenden Liefer- und Leistungsumfang erbracht haben:

- Werks-Erprobung
- Abnahmetest, Funktions- und Leistungsprüfungen auf einer vom Auftraggeber gewählten und geeigneten Örtlichkeit.

Eine Vergleichbarkeit setzt voraus, dass die aufgeführte Referenz sowohl leistungs- als auch themenspezifisch mit dem geforderten Leistungspaket vergleichbar ist. Vergleichbar ist eine

Referenz insbesondere dann, wenn es sich um Leistungen handelt, die hinsichtlich Größe und Komplexität auf eine entsprechende Eignung des Bewerbers schließen lassen.

Die Referenzen müssen zum Nachweis der Vergleichbarkeit mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Referenztitel
2. Auftraggeber (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4 (Sollte der Auftraggeber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).)
3. Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Ansprechpartners in der Anlage A.4, z.B. E-Mail, Telefonnummer) (Sollte der Ansprechpartner aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).)
4. Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistung
5. Ausführungszeitraum (Auftrags- und Lieferdatum tagesgenau angeben; Wird kein tagesgenaues Datum angegeben, wird die jeweils ungünstigste Variante angenommen.

Mindestanforderungen (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):

Für das genannte Leistungspaket sind mindestens **fünf (5)** besonders einschlägige (vergleichbare) Referenzen einzureichen.

Leistungspaket „mobiler Verdichter“		Referenz Nr. ____
Referenztitel	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Name und Adresse des Auftraggebers mit Ansprechpartner (Bei der Angabe des/der Auftraggeber/s sollen die Ansprechpartner mit Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse) angegeben werden.)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistungen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Auftragswert in EUR (netto)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Auftrags- oder Ausführungszeitraum in Monaten	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	

Hinweis:

Die Tabelle ist – entsprechend der Anzahl der Referenzen – zu vervielfältigen.

Vordruck 8 – Eigenerklärung zur Verordnung EU 2022/576 (Sanktionen Russland) (PL3)

(von allen Bewerbern/allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag/Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber** gehört / gehören nicht zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, **genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**
 - a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers oder die Niederlassung des Bewerbers in Russland,**
 - b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
 - c) **durch das Handeln der Bewerber im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**
2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21

Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG sowie unter Titel VII der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,*
- d) auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.*

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- e) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*
- f) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*
- g) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*
- h) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.*
- i) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus der durch Russland in die Union, oder*
- j) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.*

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

Unterschrift vertretungsberechtigte natürliche Person

Hinweis:

Eine eigenhändige Unterzeichnung dieser Eigenerklärung durch den Bewerber selbst ist nicht notwendig. Für ihn gilt diese Erklärung, wenn sie gemeinsam mit dem der Textform nach § 126b BGB entsprechenden Unterlagen zum Teilnahmeantrag eingereicht wird, als wirksam abgegeben.

Die Eigenerklärung kann als von dem Dritten unterschriebene und eingescannte bzw. abfotografierte Datei (PDF) dem elektronisch einzureichenden Teilnahmeantrag beigelegt werden.

Vordruck 9 – Verpflichtungserklärung DSGVO

Verpflichtungserklärung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Ich/Wir _____

wurde/n auf die Pflicht, die datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) beachten zu müssen, hingewiesen.

Hiernach ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu verarbeiten. Personenbezogene Daten dürfen daher nur verarbeitet werden, wenn eine Einwilligung bzw. eine gesetzliche Regelung die Verarbeitung erlauben oder eine Verarbeitung dieser Daten vorgeschrieben ist. Die Grundsätze der DSGVO für die Verarbeitung personenbezogener Daten sind in Art. 5 Abs. 1 DSGVO festgelegt und beinhalten im Wesentlichen folgende Verpflichtungen:

Personenbezogene Daten müssen

1. auf rechtmäßige Weise und in einer für die betroffene Person nachvollziehbaren Weise verarbeitet werden („Rechtmäßigkeit, Verarbeitung nach Treu und Glauben, Transparenz“);
2. für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden („Zweckbindung“);
3. dem Zweck angemessen und erheblich sowie auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein („Datenminimierung“);
4. sachlich richtig und erforderlichenfalls auf dem neuesten Stand sein; es sind alle angemessenen Maßnahmen zu treffen, damit personenbezogene Daten, die im Hinblick auf die Zwecke ihrer Verarbeitung unrichtig sind, unverzüglich gelöscht oder berichtigt werden („Richtigkeit“);
5. in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist („Speicherbegrenzung“);
6. in einer Weise verarbeitet werden, die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet, einschließlich Schutz vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung und vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Schädigung durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen („Integrität und Vertraulichkeit“);

Verstöße gegen diese Verpflichtung können mit Geldbuße und/oder Freiheitsstrafe geahndet werden. Ein Verstoß kann zugleich eine Verletzung von arbeitsvertraglichen Pflichten oder spezieller Geheimhaltungspflichten darstellen. Auch (zivilrechtliche) Schadenersatzansprüche können sich aus schuldhaften Verstößen gegen diese Verpflichtung ergeben.

Die Verpflichtung gilt auch nach Beendigung der Tätigkeit weiter.

Ich bestätige/Wir bestätigen diese Verpflichtung.

Ort, Datum

Unternehmensname und Firmenstempel

Unterschrift vertretungsberechtigte natürliche Person

Hinweis:

Eine eigenhändige Unterzeichnung dieser Eigenerklärung durch den Bewerber selbst ist nicht notwendig. Für ihn gilt diese Erklärung, wenn sie gemeinsam mit dem der Textform nach § 126b BGB entsprechenden Unterlagen zum Teilnahmeantrag eingereicht wird, als wirksam abgegeben.

Hinweis 1 – Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister (PL1)

Beizufügen ist ein Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bewerber ansässig ist (in nicht beglaubigter Kopie), sofern der Bewerber in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist.

Für den Fall der Nichteintragung: Die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bewerber: Oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen.

Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge nicht älter als 12 Monate sein.

Bitte fügen Sie an dieser Stelle den entsprechenden Nachweis ein.

Hinweis:

Alle Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft haben diesen Nachweis einzeln zu erbringen.

Der Nachweis kann in Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Die Vorlage in nicht beglaubigter Kopie ist zulässig.

Hinweis 2 – Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung (WL2)

Beizufügen ist ein Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden

Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):

Die Haftpflichtdeckungshöhe muss für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens EUR 3.000.000,00 je Versicherungsjahr betragen.

Falls eine Versicherung mit diesen Deckungshöhen derzeit nicht besteht, genügt die Vorlage von

1. einer Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung auf erstes Anfordern des Auftraggebers abzuschließen
und
2. die unwiderrufliche Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigte Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung bereit ist.

Der Nachweis kann in Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Angebote nicht älter als 12 Monate sein.

Wird die vorgenannte Eigenerklärung durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft abgegeben, muss sich der Versicherungsschutz im Auftragsfall auch auf die Bewerber-/Bietergemeinschaft bzw. die im Auftragsfall gebildete Arbeitsgemeinschaft beziehen.

Hinweis:

Die Nachweise können in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, müssen jedoch eindeutig lesbar sein.

Hinweis 3 – Erdgas- und Wasserstoff-Tauglichkeit (TL2)

Die Gesamtanlage muss erdgasfähig gemäß DVGW G260, 2. Gasfamilie und wasserstofffähig gemäß DVGW G260, 5. Gasfamilie ausgelegt sein.

Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):

Die Erdgas- und Wasserstoff-Tauglichkeit des mobilen Verdichters ist durch Eigenerklärung zu bestätigen.
